



Aargauer Schulleiter äussern sich zum Kruzifix

Bei den einen Schulen gehören Kruzifixe zur Grundaussstattung. Bei anderen ist das Kreuz schon lange aus den Klassenräumen verbannt.

Seite 16

Morgen wirds in Wangen frisch, funky und groovig

Lou & The Groove Machine rocken die Alte Post. Die drei Schweizer Musiker sind auf dem besten Weg, die Blues-Szene hierzulande aufzumischen.

Seite 17

CVP sorgt für verwirrende Klarheit

Deutliches Nein der Delegiertenversammlung zur Minarett-Initiative, trotz anderslautender Mitteilung

Die Delegierten der Solothurner CVP sagten mit grossen Mehrheiten Nein zur Abschaffung der Handänderungssteuer im Kanton und zum Minarett-Verbot auf Bundesebene.

STEFAN FRECH

Mehrere Medien verbreiteten gestern Morgen die grosse Sensation: Die Solothurner CVP sagt Ja zu einem Minarett-Verbot. Mitnichten. Ganz im Gegenteil. Die CVP-Delegierten lehnten am Dienstagabend in Oensingen die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» deutlich ab, und zwar mit 69 Nein- gegen 7 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen. Dumm nur, dass die Partei noch in der Nacht die Abstimmungsergebnisse per Medienmitteilung verschickt und dabei die Zahlen vertauscht hatte (69 Ja : 7 Nein). Dumm nur, dass ausser dieser Zeitung kein Medium an der CVP-Versammlung anwesend war und deshalb die Falschmeldung unbesehen verbreitet wurde.

Verständnis für vorhandene Ängste

Immerhin, völlig aus der Luft gegriffen wäre ein Ja zum Minarett-Verbot nicht gewesen, ein höherer Ja-Stimmen-Anteil schon gar nicht. Auch wenn von den 83 im Saal anwesenden Delegierten nur 7 mit ihrer Stimmkarte offen und 7 mit ihrer Enthaltung indirekt ihre Sympathie für die Minarett-Initiative bekundeten, so war doch vielerorts ein leises zustimmendes Murmeln oder Nicken wahrnehmbar, als es Peter Henzi (Bellach) als einziger wagte, das Wort zu ergreifen. «Minarette zeigen den Machtanspruch der wachsenden Zahl der Muslime in der Schweiz», warnte er. Ein Minarett zu verbieten habe nichts mit Diskriminierung zu tun. Die Muslime könnten

ihren Glauben in den Moscheen ausleben, ein Minarett brauche es dazu nicht.

Peter Henzis Votum provozierte sofort Gegenstimmen, die zwar Verständnis für die vorhandenen Ängste vor einer Islamisierung der Gesellschaft oder religiösem Fundamentalismus zeigten, aber: «Mit einem Minarett-Verbot lösen wir kein einziges Problem», sagte Georg Nussbaumer (Hauenstein). Und Reto Stampfli (Solothurn), der die Initiative faktenreich vorgestellt hatte, betonte: «Die Religionsfreiheit ist ein zentrales Element des friedlichen Zusammenlebens.» Die Katholiken hätten selber genug lange für dieses Recht kämpfen müssen. Bruno Studer (Biberist) wiederum erinnerte an die in den vielen muslimischen Staaten lebenden Christen. «Die hätten es dort nach einem Ja zur Initiative sicher nicht einfacher.»

Keine Sensation gab es auch bei der Parolen-Fassung zu den anderen zwei eidgenössischen Vorlagen (siehe Artikel unten) und zur einzigen kantonalen Abstimmung. Die Volksinitiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer für selbst genutztes Wohneigentum sei legitim, erklärte Referent Kurt Bloch (Mümliswil), «sie passt aber nicht in die finanzielle Landschaft des Kantons». Steuerausfälle von 10 Mio. Franken seien zurzeit nicht verkraftbar.

Initianten auf verlorenem Posten

Für eine Annahme der Initiative setzte sich Thomas A. Müller (Lostorf) ein. «Es gibt aus Sicht der Kantonsfinanzen nie einen guten Moment für Steuersenkungen.» Die Initiative biete auch Chancen für Solothurn als Wohnkanton. So würden Neuzuzüger angezogen, die dann mit ihrem Ein-



OENSINGEN Kantonsrat Kurt Bloch plädiert für ein Nein zur Abschaffung der Handänderungssteuer. MARKUS MÜLLER

kommen die Steuerausfälle kompensieren können. «Davon profitieren dann auch die Gemeinden.»

Verschiedene CVP-Delegierte zweifelten, ob genügend Zuzüger angezogen würden. Und auch Regierungsrat Walter Straumann meldete sich zu Wort. «10 Mio. Franken Steuerausfälle sind vielleicht nicht so viel, sie kämen aber im dümmsten Moment.» Die Abstimmung fiel dann deutlich aus: 67 Delegierte lehnten die Initiative ab, 10 sagten Ja, 6 enthielten sich der Stimme.

Kein Gewissenskonflikt

Im Gegensatz zur Minarett- und zur Handänderungssteuer-Initiative gaben die zwei anderen Abstimmungsvorlagen zu keinen Diskussionen Anlass. Die CVP-Delegierten sagten einstimmig Nein zur Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Sie folgten der Empfehlung des Referenten, Ständeratskandidat Roland Furst (Gunzgen), der vor ei-

nem Verlust von 10 000 Arbeitsplätzen warnte. Auch aus ethischer Sicht könne die CVP getrost die Nein-Parole fassen. «Die Schweiz kennt bereits heute strenge Ausfuhrbestimmungen.» Mit 82 Ja und 1 Enthaltung sagten die Delegierten ausserdem Ja zur Spezialfinanzierung im Luftverkehr. Sie folgten dem Antrag von Peter Brotschi (Grenchen). (SFF)

Nachrichten

Diebe stahlen 24 Waffen

Einbrecher haben am frühen Mittwochmorgen gegen 4.20 Uhr trotz aktivierter Alarmanlage ein Waffengeschäft in Zuchwil heimgesucht und Pistolen und Revolver im Wert von mehreren tausend Franken gestohlen. Die Täterschaft brach auf der Ostseite die Eingangstüre auf und betrat den Verkaufsraum. Dort demolierte sie mit Brachialgewalt eine Vitrine und entwendete daraus insgesamt 24 Pistolen und Revolver. Der angerichtete Sachschaden beläuft sich auf rund 2500 Franken. Nach erfolgreichem Einbruch flüchteten die Diebe. (PKS)

Solothurn: Kasse aus einer Metzgerei gestohlen

In der Nacht auf Dienstag brach eine unbekannte Täterschaft an der Kungoltstrasse sowie an der Bielstrasse in Solothurn mehrere Autos auf. Sie schlug unter anderem die Fahrzeug-Seitenscheiben ein und erbeutete aus dem Innern diverse Elektronikgeräte sowie zwei Kreditkarten. Der Sachschaden dürfte sich auf etwa 1500 Franken belaufen. In derselben Nacht wurde in der Metzgerei Bommer an der Bielstrasse eingebrochen. Die Täter entwendeten eine Registrierkasse mit Inhalt, ein Messer und Süßigkeiten. Der Polizei gelang es dank einem Passanten, einen der Einbrecher anzuhalten. Ob die Fahrzeugaufbrüche und der Einbruch derselben Täterschaft zugeordnet werden können, wird derzeit abgeklärt. (PKS)

MOMENTAUFNAHME



UNERBITTLICH NAGT DER BAGGERZAHN Spektakuläre Abbrucharbeiten am alten Bettenhaus des Kantonsspitals Olten. HR. AESCHBACHER

Ständeratswahlen 29.11.2009

2010 bekommt der Kanton Solothurn 20,2 Mio. weniger Bundesgeld.

Mit dem neuen Finanzausgleich reduzieren sich die Bundesmittel für den Kanton Solothurn bereits nächstes Jahr um 20,2 Mio. Franken!

Woher nehmen wir das Geld, um solche Ausfälle zu kompensieren?

Die Antwort ist klar: Wir müssen die wirtschaftliche Kraft des Werkplatzes Solothurn stärken, denn sonst werden unweigerlich Rufe nach höheren Steuern laut. Das darf nicht sein!

Deshalb brauchen wir im Kanton Solothurn gute Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft. Dazu kann unser Kantonsvertreter im Ständerat viel beitragen mit einer Politik, die sich für den Wirtschaftsstandort Solothurn engagiert.

Solothurn braucht jetzt wirtschaftliche Kompetenz im Ständerat. Deshalb: Roland Furst in den Ständerat.